



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

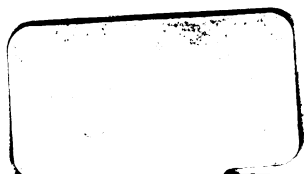


3 2044 103 242 822

143

25

25
75



B2 62 1918

2469

8

2469

34

Völkerrechtliche Schiedsgerichte.

Ein populär-wissenschaftlicher Vortrag

von

Dr. Christian Meurer,

a. o. Professor der Rechte an der k. Universität Würzburg.



Würzburg.

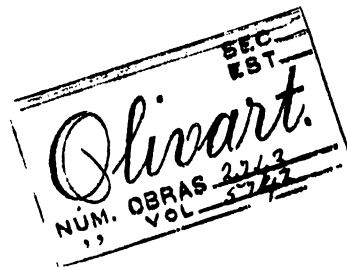
Verlag von Georg Herp.

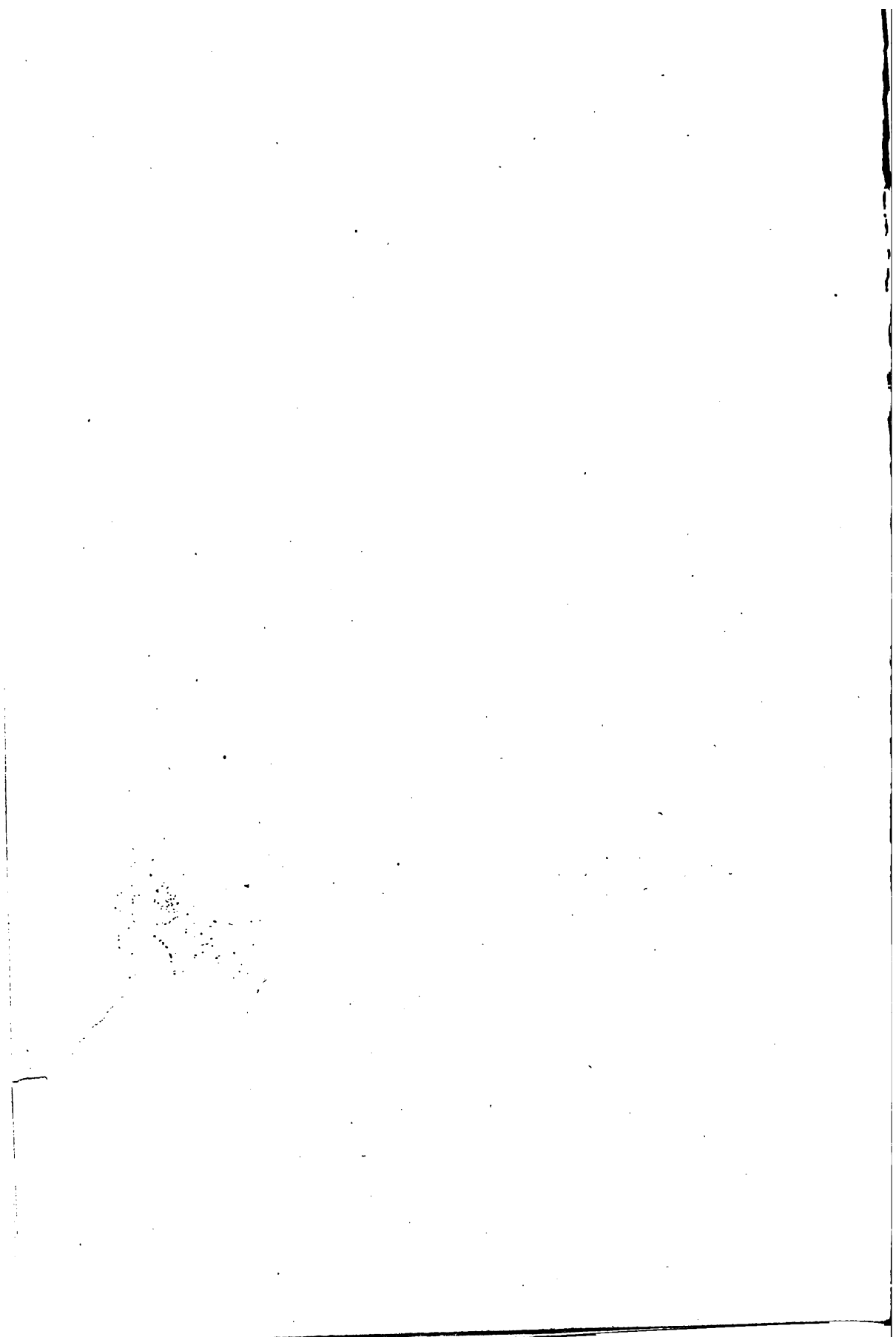
1890.

143
—
25

$$\frac{143}{25}$$

Völkerrechtliche Schiedsgerichte.





2469

34

n. 5

8. 2. 1

Völkerrechtliche
Schiedsgerichte.

Ein populär-wissenschaftlicher Vortrag

von

Dr. Christian Meurer,

a. p. Professor der Rechte an der f. Universität Würzburg.



Würzburg.

Verlag von Georg Herbig.

1890.



Hochverehrte Damen!

Meine Herrn!

*) Streitigkeiten kommen nicht nur unter Menschen, sondern auch unter Staaten vor. Das letzte Mittel, völkerrechtliche Differenzen zu entscheiden, ist der Krieg. Leider stellt derselbe den Volkswohlstand, das Familienglück, ja unter Umständen die Existenz des Staates auf das Spiel. Deshalb drängt das Völkerrecht auf eine weniger gewaltfame Lösung.

Ich spreche nicht vom Duell der Staatsoberhäupter, auf das der Unverstand mitunter abhebt. Karl IX. von Schweden forderte noch 1611 den König Christian IV. von Dänemark zum Zweikampf, und auch Gustav IV. vermeinte noch, auf diese Weise mit Napoleon I. Abrechnung halten zu können. Die Feindschaft der Völker würde hierdurch nur geschürt, der kriegerische Austrag nur hinausgeschoben und um so fürchterlicher.

Die durch das Völkerrecht entwickelten Mittel zur Beseitigung internationaler Conflicte sind theils gütlicher, theils unfriedlicher Natur. Zu den letzteren rechnet man die Retorsion, Repressalien und die Friedensblockade.

Gütliche Mittel zur Beseitigung völkerrechtlicher Streitpunkte sind:

1. Die diplomatischen Verhandlungen. Ist es doch der vornehmste Beruf der Diplomatie, Collisionen im Völkergetriebe vorzubeugen und ihre Wirkungen zu beseitigen. Hier zeigt sich der

*) Dieser Vortrag wurde am 27. Februar 1890 im großen Schranensaal in Würzburg zum Besten des Würzburger Volksbildungsvereins und der deutschen Interessen im Ausland gehalten.

Meister. Als wirksamste Unterstützung hat sich neuestens die Rundgebung von Aktenstücken erwiesen, wodurch auf die öffentliche Meinung eingewirkt wird. Will ein Ausgleich nicht gelingen, so erbittet man

2. die guten Dienste einer neutralen Macht, die sich unter Umständen aber auch dazu erbietet. So bot 1867 England in der Luxemburger Frage Preußen seine *bons offices* an, und dies führte zur Londoner Konferenz und dem Vertrag vom 11. Mai 1867. Ein ähnliches Anerbieten erfolgte von Seiten Englands auch 1870, wurde aber von Frankreich abgelehnt. Das Pariser Protocoll von 1856 hatte das Mittel der guten Dienste besonders empfohlen.

3. Die Vermittlung bedeutet mehr. Während der Staat, dessen *bons offices* angenommen sind, auch bei nur einseitigem Anrufen thätig wird und — möglicher Weise nur in einseitigem Interesse — beruhigt, besänftigt und versöhnt, auch weiter nach Abbruch des Verkehrs den Meinungs Austausch ermöglicht, ist der Vermittler, wie dies Fürst Bismarck für seine Thätigkeit im Jahr 1878 behauptete, der „ehrliche Makler“, welcher immer beiden Parteien zu ihrem Recht verhelfen will, wie denn auch für eine solche Thätigkeit die Zustimmung jeder Partei erforderlich ist. Das Endziel ist hier stets wirkliche Versöhnung in einem besonderen Traktat, den der Vermittler durch seine Unterschrift nicht selten garantiert. Der Vermittler ist die eigentlich gestaltende Kraft, aber nicht die entscheidende Macht. Die Parteien sind seinem Ausspruch nicht unterworfen, vielmehr ruht die endgiltige Lösung auf der durch den Vermittler herbeigeführten Uebereinstimmung der Parteien. So vermittelte in früheren Zeiten öfters der Papst. Zum letzten Mal wurde ihm dieses Amt 1885 im Karolinenstreit auf Deutschlands Vorschlag übertragen. Schiedsrichter war er damals nicht. Die Vermittlung geschieht nicht selten auf Congressen, welche aber auch mitunter die Befolgung ihrer Entscheidungen vorschreiben und erzwingen.

Das vorzüglichste Mittel zur Ausgleichung collidirender Staatsinteressen ist und bleibt aber der

Schiedsspruch. Dieser verbürgt vor Allem die Gerechtigkeit der Lösung, denn er ist ein Richterspruch; und er schafft Ruhe, denn die Parteien haben sich ihm unterworfen. Damit ist zugleich sein Wesen bezeichnet. Der Schiedsspruch vermittelt nicht, sondern entscheidet, und die Parteien sind an dieses Urtheil, welches inappellabel ist, gebunden, wenn diese Gebundenheit auch, wie zu zeigen ist, einen sehr precären Charakter hat.

Das schiedsrichterliche Institut hat neuestens eine besondere Zugkraft bekommen. Aus diesem Jahrhundert sind etwa 30 Anwendungsfälle bekannt, wobei die sogenannten schiedsrichterlichen Commissionen nicht einmal mitgezählt sind. Am öftesten haben England und die vereinigten Staaten Nordamerikas einen Schiedsspruch verlangt. Sie betrafen staatliches Eigenthum, staatliche Grenzen, Schadenersatzforderungen aus verschiedenen Gründen, Neutralitätsverletzungen, Auslegung und Ausführung von Verträgen. Der interessanteste Fall, der denn auch die übertriebensten Hoffnungen auf die Zukunft der Schiedsgerichte geweckt hat, betrifft die sogenannten Alabama-Claims. Im Nordamerikanischen Bürgerkrieg in den 60er Jahren waren die Häfen der aufrührerischen Südstaaten blockiert und so die südstaatliche Regierung in Richmond behindert, in den eigenen Gewässern Schiffe auszurüsten. Sie ließ deßhalb in Liverpool Caperschiffe bauen, welche unter der Flagge der Conföderation den Norden anfielen, die dortigen Schiffe plünderten und in den Grund bohrten. Der Norden hatte durch diese Schiffe, unter welchen die Alabama eine besondere Berühmtheit erlangte, furchtbar zu leiden. Da nun die Erbauung von feindlichen Schiffen auf neutralem Boden durch das Völkerrecht verboten ist, protestirte der unionistische Gesandte in London gegen die englische Neutralitätsverletzung. Nach dem Krieg forderten die Vereinigten Staaten in so energischer Weise von England Schadenersatz, daß ein Krieg in Sicht war. Da einigte man sich auf ein Schiedsgericht. Nach dem Vertrag von Washington v. J. 1871 wurde zur Entscheidung der Alabama-Claims ein Schiedsgericht bestellt, der Art, daß außer England und der Union noch die

Schweiz und Brasilien sowie Italien, letzteres mit dem Recht des Vorsitzes, je ein Mitglied ernannten. Die Sitzungen fanden in Genf statt und wurden am 15. Dezember 1871 eröffnet. Die Union forderte nicht nur Ersatz für die directen Verluste, sondern auch für den indirecten, durch die Verlängerung des Krieges entstandenen Schaden. Da die Grundzüge des Washingtoner Vertrages diesen Fall nicht vorgesehen hatten, stritt man über die Competenz, und die gegnerischen Vertreter geriethen scharf aneinander. Nunmehr erklärte das Tribunal, es bestimme seine Competenz selbst — von den deutschen Völkerrechtslehrern hält dies Geffken heute noch für falsch. Die Energie half, und fühlte sich England durch diesen Beschluß verletzt, so wurde es durch den weiteren Beschluß wieder versöhnt, daß Mangel einer genügenden Basis für die Abschätzung, die indirect claims eine Berücksichtigung nicht finden könnten. Unter der allgemeinen Spannung der civilisirten Welt wurde am 14. September 1872 der Schiedsspruch verkündet. Dieser fiel zu Gunsten der Union aus und England wurde verurtheilt, an erstere 15 Millionen Dollars als Schadenersatz zu bezahlen, was denn auch geschah.

Ich möchte nun im Folgenden zwei Fragen beantworten:

1. Welches ist die Organisation und das Verfahren beim völkerrechtlichen Schiedsgericht?
2. Wie gestaltet sich muthmaßlich seine Zukunft?

Die erstere Frage ist für den Laien die schwierigere, die andere die interessantere.

1. Was die erste Frage anlangt, so will ich Folgendes vorausschicken. Maßgebend für Organisation und Verfahren sind vor Allem die diesbezüglichen Vereinbarungen. Nun ist es aber Thatsache, daß die Schiedsverträge regelmäßig nur gewisse Grundzüge feststellen, an die dann der Schiedsrichter wie an ein Gesetz gebunden ist. Wonach regelt sich aber das Weitere? Es wird nicht bestritten, daß hier gewisse Rechtsätze gelten. Aber wo finden wir diese? Es ist die Eigenthümlichkeit jedes unentwickelten Rechts und so auch des Völkerrechts, daß die einzelnen Normen weniger im Paragraphen

präcificirt sind, als vielmehr in der Uebung hervortreten. Das beste Mittel, sich über Organisation und Verfahren der völkerrechtlichen Schiedsgerichte zu unterrichten, ist daher das Studium der bekannt gegebenen Rechtsfälle, in welchen sich die Rechtsmeinung practisch geäußert hat. Leider bleibt hierbei gar Vieles strittig, wie all-überall da, wo die Gewohnheit die Hauptrechtsquelle ist. Dazu kommt Folgendes: Die völkerrechtlichen Schiedsgerichte haben sich in Anlehnung an die privatrechtlichen Schiedsgerichte entwickelt. Ueber letztere hat schon das römische Recht detaillirte Bestimmungen getroffen, die dann aber im Verlauf der Zeit in den einzelnen Staaten eine ganz erhebliche Abänderung erfahren haben. Organisation und Verfahren der privatrechtlichen Schiedsgerichte sind demgemäß in den einzelnen Staaten verschieden, und das wirft dann selbstverständlich auch seine Schatten auf die einzelstaatlichen Auffassungen über internationale Schiedsgerichte. So herrscht denn auf diesem Gebiet noch viel Streit. Das Beste wäre, wenn die einzelnen der Völkerrechtsgemeinschaft angehörigen Staaten sich insgesammt, oder doch die auf ein Schiedsgericht abhebenden Parteien im einzelnen Fall auf ein Reglement einigen würden. Dazu würde sich vor Allem das von Prof. Goldschmidt in Berlin ausgearbeitete Reglement eignen, welches das institut de droit international nach eingehender Berathung zu Genf 1874 und zu Haag 1875 angenommen und den einzelnen Regierungen zugestellt hat. Dasselbe ist in erster Linie der Völkerrechtspraxis entnommen und im Uebrigen unter Berücksichtigung der verschiedenen Rechtsgrundsätze über privatrechtliche Schiedsgerichte und der internationalen Bedürfnisse frei entwickelt.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die völkerrechtliche Lehre vom schiedsgerichtlichen Verfahren zu den complicirteren Lehren der Rechtswissenschaft gehört. Ich kann zu den controversen Punkten in einem populär-wissenschaftlichen Vortrag selbstverständlich nicht Stellung nehmen. Ich will vielmehr nur das hervorheben, was von allgemeinerem Interesse ist und feststeht. In einigen kräftigen Zügen will ich Ihnen ein Bild der schiedsgerichtlichen Organisation

und Verhandlungsweise zeichnen, und das dürfte mir wohl am Besten gelingen, wenn ich dabei an die privatrechtlichen Schiedsgerichte anknüpfe, wie sie sich in Deutschland nach unserer Civilproceßordnung gebildet haben und Ihnen aus dem Leben bekannt sind. Hiernach kann die Entscheidung eines Rechtsstreites, auch wenn es sich um die größte Summe handelt, durch einen oder mehrere Schiedsrichter erfolgen. Nothwendig ist nur, daß die Parteien dies wollen und demgemäß erstens einen Vertrag (Schiedsvertrag oder compromissum) unter sich und dann zweitens mit der als Schiedsrichter beehrten Vertrauensperson einen weiteren Vertrag, das sog. receptum, abschließen. Der so bestellte Schiedsrichter hat nach Anhörung der Parteien das strittige Rechtsverhältniß zu untersuchen und bei Ermangelung einer Vereinbarung der Parteien nach freiem Ermessen zu entscheiden. Der Schiedsspruch, welcher von mehreren Schiedsrichtern mit absoluter Majorität gefaßt wird, hat die Bedeutung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urtheils. Während aber ein gerichtliches Urtheil zur Zwangsvollstreckung nur einer vollstreckbaren Ausfertigung, der sog. Vollstreckungsclausel bedarf, die regelmäßig schon der Gerichtsschreiber ertheilt, findet beim Schiedsspruch eine Zwangsvollstreckung nur statt, wenn deren Zulässigkeit durch amtsgerichtliches resp. landgerichtliches Vollstreckungsurtheil ausgesprochen ist. Dieses Vollstreckungsurtheil nun darf nicht erlassen werden, wenn ein Aufhebungsgrund vorliegt. Die Aufhebung aber darf bloß bei besonderen Voraussetzungen beim Richter beantragt werden. Ich nenne nur die Fälle, daß das Verfahren vertragswidrig, eine Partei nicht vertreten war oder nicht gehört wurde, oder der Schiedsspruch nicht mit Gründen versehen war.

So viel über das privatrechtliche Schiedsgericht. Auch das völkerrechtliche Schiedsverfahren hebt mit dem sog. Schiedsvertrag oder Compromiß an, welches die Parteien miteinander abschließen. Das kann Angeichts eines concreten Streitfalls geschehen. Geht der Vertrag aber auf künftig entstehende Streitigkeiten, so spricht man von einer compromissarischen Clausel. So

hat auf Mancinis Vorschlag Italien und in gleicher Weise die Schweiz in den Freundschafts-, Niederlassungs- und Handelsverträgen vielfach die compromissarische Clausel aufgenommen: es bedeutet dies die vertragsmäßige Bindung, die aus einem solchen Handelsvertrag sich ergebenden Streitigkeiten durch Schiedsrichter entscheiden zu lassen. Auch in einzelnen Verträgen der Pforte mit afrikanischen Staaten wurde für etwaige Vertragsverletzungen der Krieg ausgeschlossen. Im Anschluß an eine Kundgebung des Präsidenten der Vereinigten Staaten v. 4. Dezember 1882 erklärte sich die Schweiz am 24. Juli 1883 sogar bereit, mit der Union einen allgemeinen Schiedsvertrag abzuschließen, wonach „alle Anstände, welche zwischen beiden Staaten entstehen würden, und deren gütliche Schlichtung nicht zu Stande käme, dem Urtheile von Schiedsrichtern unterstellt werden sollten“. Die Schweizerische Regierung wurde darauf gebeten, einen diesbezüglichen Entwurf aufzusetzen. Von einem Abschluß der Verhandlungen ist mir nichts bekannt. Eine diesbezügliche Vereinbarung hat eine durchschlagende Kraft auch nur für solche Staaten, zwischen denen schon aus anderen Gründen ein Krieg so gut wie ausgeschlossen ist. Im Uebrigen würde man sich gegebenen Falls nicht scheuen, über einen solchen Vertrag zur Tagesordnung überzugehen, d. h. trotz des Vertrags einen kriegerischen Austrag anzustreben. Das ergibt sich aus der Macht der Selbstbehauptung und Souveränität. Im Folgenden spreche ich von dem Schiedsvertrag, welcher ein bereits entstandenes Streitverhältniß betrifft. Das Compromiß enthält die Bezeichnung des Streitgegenstandes, der Parteiansprüche, der allgemeinen Grundsätze über das anzuwendende Recht und Verfahren, regelmäßig der Person des Schiedsrichters, des Ortes und der Zeit des Schiedsgerichts, außerdem wohl auch die ausdrückliche Erklärung, sich dem Schiedsspruch fügen zu wollen. Doch versteht sich diese Verpflichtung bei dem Abschluß eines Schiedsvertrages von selbst. Sie unterscheidet den Schiedsspruch von der Vermittlung. Fehlt eine Bestimmung über die Person des Schiedsrichters, so ist jeder Contrahent befugt, seinerseits einen Schiedsrichter zu wählen.

Damit sind wir zu dem zweiten Stadium der Verhandlung, dem Receptum, gelangt. Außer dem Compromiß ist nämlich noch eine Uebereinstimmung nöthig zwischen den Compromittenten einerseits und dem Schiedsrichter andererseits, durch welche sich letzterer zur Entscheidung des Streitfalls verpflichtet. Daß der Gewählte ausschlagen darf, versteht sich von selbst. Dies wurde neuestens von einer Seite (Bulmerincq) für die Souveräne bezweifelt, da dieselben als Glieder der internationalen Gemeinschaft zur Uebernahme des Schiedsrichteramtes verpflichtet seien. Doch besteht ein diesbezüglicher Rechtsatz nicht, und durch eine solche Ablehnung ist ja das Zustandekommen eines Schiedsgerichts noch nicht in Frage gestellt. Andererseits gibt es aber auch — das wird beispielsweise practisch für den Fall, daß jede Partei einen Schiedsrichter ernennt — Unfähigkeits- oder besser Ablehnungsgründe, z. B. Geisteskrankheit, jugendliches Alter, Feindschaft, persönliches Interesse. Ueber andere Ablehnungsgründe herrscht Streit. Dieser hat jedoch mehr ein theoretisches als practisches Interesse. Denn in der Regel wird der Schiedsrichter vertragsmäßig bestimmt. Die herrschende Meinung will in Anlehnung an die Bestimmungen über das privatrechtliche Schiedsgericht auch bezüglich der Damen einen Ablehnungsgrund statuiren. Wenn ich dem widerspreche, so geschieht das nicht aus Galanterie, sondern in Würdigung der Thatfache, daß auch Frauen Staatsoberhäupter sind und die Königin von England mehrfach zum Schiedsrichter gewählt wurde.

Im Uebrigen gilt hier der Satz: Viele sind berufen, aber Wenige sind auserwählt. Nach bisheriger Praxis wurden nur gewählt: Souveräne, zu welchen ich auch den Papst zähle, der im Mittelalter mehrfach das Amt des Schiedsrichters verwaltete, Gesandte, Gerichtshöfe, Richter, Juristenfacultäten, namentlich in älterer Zeit die zu Bologna, einmal auch ein Völkerrechtslehrer, Dr. Franz Lieber in Nordamerika, ein geborener Deutscher. Die regelmäßigen Schiedsrichter sind die Souveräne. So treten uns aus der Praxis dieses Jahrhunderts entgegen: die Staatsoberhäupter der Nordamerikanischen Union, von Frankreich, England,

Rußland, Oesterreich, Belgien, Holland und Spanien, also die Staatsoberhäupter von Monarchien und Republiken. Der König von Preußen, resp. der deutsche Kaiser wurde dreimal als völkerrechtlicher Schiedsrichter gewählt: 1834 in einem Streit zwischen England und Frankreich, 1839 zwischen den Vereinigten Staaten und Mexico und 1871 zwischen den Vereinigten Staaten und England. In dem ersten Fall handelte es sich um Reclamationen englischer Kaufleute, welche sich durch die von Frankreich am Senegal gegen die Trarzas-Mauren ergriffenen kriegerischen Maßregeln verletzt fühlten. Frankreich hatte die von ihm verhängte Blockade England nicht notificirt und mußte nach dem Schiedsspruch des Königs von Preußen vom 30. November 1843 deshalb 41,770 Fr. Entschädigung zahlen. Im zweiten Fall handelte es sich um Reclamationen von Bürgern der Nordamerikanischen Union gegen Mexico. Die Verhandlungen zogen sich viele Jahre hin, gegen das Ende wurde noch der König von Holland zugezogen. Ein mittlerweile ausgebrochener Krieg brachte in dem Frieden von Guadalupe-Hidalgo 1848 die endgültige Lösung, indem nunmehr die Entschädigungssumme, welche nach dem Schiedsspruch die Mexicaner zu zahlen hatten, als Aequivalent für einen Länderzuwachs von Nordamerika übernommen und an ihre geschädigten Angehörigen ausbezahlt wurde. Im Jahre 1871 — in dem dritten Fall — war Gegenstand der anglo-amerikanischen Zwistigkeiten die Feststellung der Grenze im San-Juan-Archipel bei Columbia: Es handelte sich um die Auslegung eines Grenzvertrags von 1846, welche zu Gunsten der Union erfolgte. Auch der Hamburger Senat hat einmal das Schiedsrichteramt geübt in einem Streit zwischen England und Peru im Jahre 1864. Ein englischer Unterthan Sir White war in Peru gefangen gehalten, angeblich schlecht behandelt und dann vertrieben worden. Der Entschädigungsanspruch, den England für seinen Staatsangehörigen erhob, wurde durch die kleine deutsche Republik in bestimmtester Form abgewiesen.

Der Schiedsrichter hat die übernommene Verpflichtung persönlich zu erfüllen. Staatsoberhäupter lassen sich berathen und sich

einen Urtheilsentwurf unterbreiten. So fällte Kaiser Wilhelm in der San-Juan-Differenz seinen Schiedsspruch „nach Anhörung des Uns von den durch Uns berufenen Sach- und Rechtskundigen über den Inhalt der gewechselten Denkschriften und deren Anlage erstatteten Vortrags“. In dem Schiedsvertrag von 1839 heißt es in Bezug auf den König von Preußen: „Da aber die Actenstücke so umfassend sind, daß nicht angenommen werden kann, daß der König gewillt oder fähig sei, dieselben persönlich durchzusehen, so soll derselbe eine Person als Schiedsrichter, um an seiner Stelle zu handeln, bestimmen, und diese von beiden contrahirenden Staaten honorirt werden“. Der König fällte hier den Schiedsspruch in Vertretung durch den Gesandten in Washington. Es ist völkerrechtlicher Brauch, daß die schiedsrichterlichen Geschäfte eines Souveräns nach Art der Staatsangelegenheiten erledigt werden. Bluntschli plädirte daher dafür, daß man die Monarchen aus dem Spiel lasse und nur solche wähle, welche auch selbst arbeiten. Dem gegenüber aber ist zu betonen, daß darüber die Contrahenten zu bestimmen haben. Die Staaten sehen es dabei erfahrungsgemäß als eine Sache der Ehre an, von dem Repräsentanten einer Staatsgewalt ihr Urtheil zu empfangen, und wenn die Parteien dies wünschen, können sie ja mit dem Schiedsrichter die weitere Vereinbarung treffen, daß die Gehülfen mit ihrem Vorwissen bestellt werden.

Mangels vertragsmäßiger Vorschriften bestimmt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst. Unter allen Umständen aber sind die Parteien zu hören; deßhalb hat jede Partei am Sitz des Schiedsgerichts einen Vertreter zu bestellen. Ein Schiedsrichter darf sich nicht vertreten lassen. Wenn die Competenz mittelst stricter Interpretation nicht festgestellt werden kann, so ist sie doch im Zweifel zu bejahen. Denn es erfolgt hierdurch kein Eingriff in die Befugnisse eines ordentlichen Gerichts, und es wird immerhin die Entscheidung einer sonst streitig verbleibenden Angelegenheit herbeigeführt, der gegenüber ja immer noch die Möglichkeit eines kriegerischen Austrags verbleibt. Bei dieser Sachlage lege ich dem Einwand,

eine Behörde könne den Act nicht authentisch interpretiren, der sie erst geschaffen habe (Gesetzen), keine besondere Bedeutung bei.

Der Schiedsrichter trifft eine rechtliche Entscheidung, d. h. gemäß den im Schiedsvertrag kundgegebenen Grundsätzen oder Mangels derselben auf Grund des positiven Rechts. Was Rechtens sei, mag im einzelnen Fall schwer festzustellen sein. Bloß nach Billigkeit darf nicht entschieden werden, es sei denn, daß wie im alten römischen und jetzt noch im englischen und amerikanischen Recht ein besonderes System der Billigkeit neben dem des strengen Rechts entwickelt ist. Daß der Schiedsrichter das für den einzelnen Fall Angemessene gleichsam schöpferisch zu gestalten oder neu zu finden habe, ist durchaus von der Hand zu weisen. Es sei denn, daß der Schiedsvertrag selbst eine Entscheidung «ex æquo et bono» verlangt, wie dies in dem Compromiß zwischen Nordamerika und Chile aus dem Jahr 1858 geschehen ist.

Besteht das Schiedsgericht aus mehreren Mitgliedern, so entscheidet die absolute Mehrheit der Stimmen, und es war eine Sonderbarkeit, daß der zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien ergangene Schiedsspruch von Halifax vom Jahre 1877 von ersteren angefochten wurde, weil derselbe nicht einstimmig erfolgt sei. Lord Salisbury wies diese grundlose Einrede denn auch mit Erfolg zurück: Die völkerrechtliche Praxis weiß von der Nothwendigkeit einer schiedsgerichtlichen Einstimmigkeit ebenso wenig etwas wie das moderne Privat- und Proceßrecht. Im Uebrigen hat die Union die auferlegte Summe unter Protest gezahlt.

Der gehörig verkündete Schiedsspruch entscheidet endgültig den Streit. Das klingt sehr großartig, und bedeutet, bei Nicht besehen, doch sehr wenig.

Bei einem privatrechtlichen Schiedsspruch beantrage ich bei Gericht ein Vollstreckungsurtheil, auf Grund dessen executirt wird. Beim völkerrechtlichen Schiedsspruch aber, dessen Erfüllung verweigert wird, bleibt als wirksamstes Executionsmittel nur der Krieg. Man ist also gerade so weit als vorher, nur daß sich der unterlegene Staat mehr als früher dem moralischen Verdict

ausgesetzt sieht. Zum Ueberfluß bemerke ich, daß der Schiedsrichter — ich denke dabei an den Souverän — mit der Fällung des Schiedspruchs seine Thätigkeit beendet hat und von jetzt an in keiner Weise mehr engagirt erscheint. Wenn die Erfahrung lehrt, daß der unterlegene Staat aus Respect vor der öffentlichen Meinung und weil er dies für das kleinere Uebel ansieht, zur Leistung regelmäßig bereit ist, so ist andernteils doch zu constatiren, daß die Unfertigkeit und Impotenz des Völkerrechts an dieser Stelle wieder einmal recht augenscheinlich zu Tage tritt. Ich betone dies um so mehr, als es üblich geworden ist, in maßlosen Uebertreibungen das Völkerrecht zu feiern, dessen verblüffende Unfertigkeit doch am Wenigsten dem Juristen entgehen sollte. Es ist eine Modekrankheit geworden, vor den Lücken, Eigenarten, unfertigen Ausprägungen, Halbheiten und incurirbaren Gestaltungen des Völkerrechts, die sich aus dem nichtstaatlichen Charakter der Völkerrechtsgemeinschaft ja wohl begreifen lassen, die Augen zuzubrücken, alles vollendet und fertig, klar und anwendbar zu finden und dann gegenüber diesem herrlichen Besitzstand den beseligenden Traum der Humanität zu träumen. Das Völkerrecht ist dadurch sehr in Mißcredit gekommen. Was wir an Wirkungen sehen, ist himmelweit verschieden von dem, was nach der Theorie erwartet werden sollte. Es ist endlich an der Zeit, daß die Wissenschaft diese Erwartungen etwas zurückschraubt. Hier hilft keine Schwärmerei, sondern nur der gesunde Realismus, der alles mit dem wahren Namen benennt, Uebertreibungen verächtelt und sich in den Dienst des Wirklichen und Erreichbaren stellt. Nirgends aber ist in dieser Hinsicht auf dem Gebiet des Völkerrechts mehr gesündigt worden als in der Würdigung der Schiedsgerichte.

Wir haben gesehen, daß das letzte Executionsmittel des völkerrechtlichen Schiedsgerichts der Krieg ist. Aber auch in einer anderen Beziehung ist der privatrechtliche Schiedspruch seinem völkerrechtlichen Kollegen voraus. Bei ersterem wird das Vollstreckungsurtheil nur verweigert, wenn ein Aufhebungsgrund vorliegt, welcher aber der richterlichen, also unparteiischen Würdigung untersteht. Nun,

das Völkerrecht hat gleichfalls Anfechtungsgründe anerkannt, — wenn über Einzelheiten auch noch gestritten wird — so ist z. B. anerkannt: Irrthum, Arglist und Bestechung, Verweigerung des Gehörs, tatsächliche Unrichtigkeit, Ueberschreitung der schiedsvertragsmäßigen Vorschriften. Aber es fehlt im geltenden Recht eine Aufhebungsinstanz. Glaubt also ein Staat einen Anfechtungsgrund für sich geltend machen zu können — und die Streitucht macht hier sehr findig — so kann er unter Hinweis auf denselben die Ausführung des Schiedspruchs einfach verweigern und gegebenen Falls durch eine gut gespielte Entrüstungsscene auch noch die öffentliche Meinung täpiren, um dann durch Krieg den Streit zu beenden. So ist es denn wahr, wenn ich sage: das Rückgrat des Schiedspruchs ist der Krieg.

2. Damit komme ich auf die muthmaßliche Zukunft des völkerrechtlichen Schiedspruches zu sprechen.

Die großen Kriege in diesem und am Ende des vorigen Jahrhunderts haben die Werthschätzung des Friedens wesentlich gefördert, und das ausgeprägte Menschlichkeitsgefühl der Neuzeit, das unter der unsicheren Führung eines unklaren Idealismus schnell zur Sentimentalität auswächst, ließ und läßt die Menschen von einem ewigen Frieden träumen, der durch allgemeine oder theilweise Abrüstung und vor Allem durch Errichtung eines Völkerareopags erreicht werden soll. In unmittelbarer Verbindung damit steht die schwärmerische Sehnsucht nach einem Weltstaat und einer allgemeinen Verbrüderung.

Dies Verlangen nach einem allgemeinen oder doch europäischen Weltstaat mit permanentem völkerrechtlichen Tribunal ist aber nicht bloß das Vorrecht kosmopolitischer Enthusiasten und weicher Seelen, sondern auch namhafte Regenten und Gelehrte sind dem Reiz dieser Utopie erlegen. Man verweist in dieser Hinsicht nach dem Vorgang von St.-Pierre (Anfang des 18. Jahrh.), der die Theorie des ewigen Friedens zum ersten Mal in systematischer Ausführlichkeit in 3 Bänden bearbeitete («Projet de paix perpetuelle») und der Beilegung aller Staatsstreitigkeiten durch Schiedsgerichte forderte,

auf Heinrich IV. von Frankreich (1600). Doch lese ich aus seinem grand dessein nur den lebhaften Wunsch, für das europäische Völkerconcert Frankreich den Dirigentenstoß zu sichern. Die Schwierigkeit einer internationalen Symphonie beruht aber wahrlich nicht darin, daß man keinen Dirigenten fände, sondern daß es an füsamen Musikern fehlt. Auch Napoleon I. hat seine Idee von dem Europäischen système fédératif so aufgefaßt und zu verwirklichen gesucht. Unter den Staatsoberhäuptern, die an die Möglichkeit glaubten, an Stelle der Waffen einen dauernden internationalen Gerichtshof treten zu lassen, ist vor Allen Alexander I. von Rußland zu nennen.

Die Idee eines ewigen Friedens und Völkerareopags ist immer oder doch mit besonderem Nachdruck nach großen Kriegen aufgetreten und stellt sich von vornherein mehr als das Ergebnis der menschlichen Sehnsucht und Einbildung als des Verstandes und Erkennens dar. Das gilt vor Allem von dem Niederländer Hugo Grotius, dem Vater der Völkerrechtswissenschaft, der im Jahr 1625 sein berühmt gewordenes Buch „Ueber das Recht des Friedens und des Krieges“ schrieb, welches annähernd 50 lateinische Auflagen erlebte, in fast alle Sprachen der civilisirten Völker übersetzt wurde, und fast zwei Jahrhunderte hindurch in der Diplomatie wie ein internationales Rechtsbuch geschätzt war. Auch die Greuel der französischen Revolution gaben der Utopie Nahrung. Rechnet man dazu die zu Ende des vorigen Jahrhunderts entwickelte Neigung des französischen Volkes, auch die Staatsgerichte durch privatrechtliche Schiedsgerichte zu verdrängen und das geschichtlich erwiesene Verhängnis, daß Deutschland sämtliche Modekrankheiten der Franzosen durchzumachen hat, so begreift man, daß in diesem Jahrhundert auch bei uns und zwar auch bei besonnenen und einsichtsvollen Männern der Glaube an den ewigen Frieden und Völkerareopag Eingang fand. Und es war dabei von entscheidendem Einfluß, daß Deutschlands größter Philosoph, Kant, der Denker von Königsberg, im Jahr des Baseler Friedens (1795) mit seinem philosophischen Entwurf „zum ewigen Frieden“ schärfer als irgend ein Anderer diese Utopie als „letztes

Ziel des ganzen Völkerrechts" erklärte. Die Zeit der Abfassung ist wie eine Ironie auf den ewigen Frieden; denn dem Friedensschluß von Basel folgte Krieg auf Krieg. Was kümmerte aber den Philosophen der reinen Vernunft die Erfahrung, die von einem ewigen Frieden nichts wußte und nichts weiß! Man soll, meint er, nach dem ewigen Frieden wenigstens streben und ihm näher kommen. Gewiß ist es ein Postulat der practischen Vernunft, für den Frieden zu arbeiten. Daß dies aber durch einen allgemeinen Völkerbund — daß ein Völkerstaat undenkbar ist, sieht Kant ein — und nur durch diesen geschehen könne, ist eine rein willkürliche Annahme, mit welcher sich ein gesunder Realismus nicht abfinden kann. Uebrigens begegnet man in den Kantischen Werken mehr als einer Stelle zu Gunsten des Krieges und er findet sich mit dem Satz ab: „Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“. Noch vor Kant hatte ein anderer deutscher Philosoph, Christian Wolff, einen Völkerstaat, eine *civitas gentium maxima* mit eigenem *imperium* und besonderem *rector* gefordert und damit ältere, insbesondere stoische und katholischer Seits vertretene Auffassungen nur schärfer formulirt und urgirt. An Nachtretern Kant's hat es selbstverständlich auch nicht gefehlt. Sie alle zu nennen, ist schwer und zwecklos. Auch Mitglieder des institut de droit international wären hier zu nennen.

Eine besondere Agitation in der bezeichneten Richtung erfolgte mit der Entstehung der Friedensgesellschaften in dem zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. In den 40er Jahren kamen dann die Friedenscongreßse mit ihren unklaren religiösen und politischen Anschauungen, die nicht selten ihr Friedenswerk mit einer neuen Ländervertheilung beginnen wollten, und seit den 30er Jahren beschäftigt diese Frage auch die Parlamente, so z. B. in Amerika, England, Italien, Niederlanden, Belgien und Schweden.

Ein Blick in die Litteratur zeigt übrigens die größte Verschiedenheit. Die Forderungen gehen bald in's Unendliche, bald sind sie maßvoller. Zu den gemäßigteren Vertheidigern der ständigen Schiedsgerichte, welche keineswegs verneinen, jeden Krieg beseitigen

zu können, gehören auch die namhafteren Völkerrechtslehrer Deutschlands: Bluntschli, Holtendorff und Bulmerincq, welche unter sich übrigens wieder abweichen, wie dies auch für die Vorschläge von Vorimer, Laveleye, Ramarowski, Böwenthal, Seebohm u. A. gilt. Insbesondere herrscht auch über die Organisation und den Wirkungsbereich des Völkertribunals Streit, beispielsweise darüber, ob hier bloß rechtliche oder auch politische Streitigkeiten zum Austrag gebracht werden sollen, wie die Gerichte besetzt werden und ob ihre Urtheile auch executirbar sein sollen. Die weitere Sorge dafür, wo dieser Areopag organisirt werden soll, kann dabei Laveleye allein überlassen werden.

Besondere Erwähnung verdienen die Bestrebungen, das ständige Schiedsrichteramts dem Papst zuzuspielen.

Dieselben sind getragen durch mittelalterliche Erinnerungen, und was durch die ganz anders gearteten und dabei keineswegs mustergiltigen staatsrechtlichen Verhältnisse einer früheren Zeit nahe gelegt war, soll heute ohne Weiteres wieder repristinirt und sogar noch weiter geführt werden. So spricht denn auch hier der Dogmatismus wieder sein Wort. Im Uebrigen sind es nicht bloß katholische Politiker und Theologen, sondern es gibt auch Protestanten — ich erinnere nur an den Engländer Urquhart «*Ad summum pontificem ut jus gentium restauretur viri protestantici Appellatio 1869*» — welche in einer solchen Reorganisation das Heil der Zukunft erblicken. Auf die schwärmerischen Ergüsse aller dieser Schriftsteller von Isaias, dessen Aussprüche (II. 4) vielleicht aber auch nur eine symbolische Bedeutung haben, bis jetzt kann ich hier nicht eingehen. Wohl aber sollen die zwei Anträge Erwähnung finden, welche in der besprochenen Richtung beim letzten Concil im Vatican gestellt worden sind, zumal diese auch in der Litteratur noch keine Beachtung gefunden haben.

Der eine dieser Anträge, die wie alle Reformanträge wegen der nothwendig gewordenen Vertagung nicht zur Verhandlung kamen, ist von 40 Concilsvätern unterschrieben, und verlangt nur allgemein „eine authentische Promulgation und Erläuterung jener

Seiten des canonischen Rechts, welche Bestimmungen über das Völker- und Kriegsrecht enthalten und das öffentliche Urtheil darüber aufklären, wann der Krieg gerecht und wann er ein Verbrechen sei“. Es schlägt den Antragstellern nichts, daß es hierbei natürlich nur zu einer sibyllinischen Allgemeinheit kommen könnte. Thatsache ist, daß unser Herrgott immer von beiden Seiten unter dem Hinweis, daß ihre Sache gerecht sei, angerufen wurde, und daß der kath. Episcopat hier keine Sonderstellung einnahm.

Der zweite und interessantere Antrag wurde von Antonius Petrus IX., Patriarchen von Cilicien, im Namen einer in Constantinopel 1869 abgehaltenen und von 20 armenischen Bischöfen besuchten Synode eingebracht. Im Eingang wird nach berühmten Mustern die traurige Weltlage und die Verletzung der „ewigen“ Rechtsprincipien beklagt. Es sei ein Recht und eine heilige Pflicht der Kirche, der Gesellschaft das vergessene und mißachtete öffentliche Recht in's Gedächtniß zurückzurufen. Dann kommen folgende schwerwiegende Vorschläge:

1. Es muß eine solenne Kriegserklärung erfolgen — das ist eine vielumstrittene Frage des Völkerrechts (vgl. z. B. Queber in Holzendorffs Hdb. des Völkerrechts IV. 334—347), auf die ich hier nicht näher eingehen kann.

2. Der Krieg soll nur dann als gerecht gelten, wann er zur Abwehr eines ungerechten (wann ist das der Fall?) Angriffs oder zur Wiedererlangung nothwendiger Rechte erfolgt. (Was sind „nothwendige Rechte“?)

3. Die Führer und Soldaten dürfen nichts gegen das Völkerrecht thun. — Gewiß, das steht schon in jedem Lehrbuch des Völkerrechts, wenn es nur auch immer zweifellos wäre, was denn eigentlich Bestimmung des Völkerrechts ist. Hier grade liegt die eigentliche Schwierigkeit. Daß das Kriegsrecht nicht befolgt werden müsse, sagen nur diejenigen, welche, wie z. B. Rüstow, überhaupt die Existenz eines Kriegsrechts leugnen.

4. Das Staatsoberhaupt soll vor der Kriegserklärung den Rath befragen. — Nun dafür sorgt schon unser Staatsrecht. Wenn

es aber weiter heißt, daß dessen Mitglieder dann eine Prüfung nach Völkerrecht, Evangelium, Canones und Papstgesetzen vorzunehmen haben, so klingt das doch etwas sonderbar. Ob der Minister an den angezogenen Orten etwas finden wird? Ich sehe im Geiste schon den Ministerrath, wie er vor der Kriegserklärung das corpus juris canonici und die regesta pontificum wälzt.

Es reißen die Berge, und siehe, es wird ein Mäuslein geboren!

Sodann wird der Papst gebeten, er möge dahin wirken, daß die wahren Principien des Völker- und des Kriegesrechts von dem Vaticanischen Concil einmal klar ausgesprochen werden. Man vermißt übrigens auch durchaus die Scheidung von Recht und Moral, die im Völkerrecht vor Allem nöthig ist. Am Schluß beantragt der Patriarch, es möge beim heiligen Stuhl ein dauerndes völkerrechtliches Tribunal aus Rechtsgelehrten aller Völker zusammengesetzt werden; Namens des Papstes soll hier ein Vertheidiger des Völkerrechts fungiren, dessen Entscheidung der unfehlbaren Bestätigung des Papstes unterliegt. Die Unfehlbarkeit wäre hiermit glücklich in die politischen Händel eingeführt, und der Papst ist das, was man nur offen zu sagen sich scheut: der Herr der Erde. So soll die Menschheit aus dem sicheren Verderben gerettet werden!! Nunmehr haben wir Frieden, einen Kirchhofsfrieden auf Erden, und alles roftet herrlich ein. Ein einziges großes Grab der staatlichen Freiheit!

Was nun meine Ansicht über den allgemeinen Weltfrieden und die ständigen Schiedsgerichte anlangt, so muß ich wohl die gute Gesinnung anerkennen, welche sich in diesen friedfertigen Bestrebungen ausspricht, aber ich sehe hier überall nur Theorie, nur himmelanstürmende Wünsche, kein Leben, keine Wirklichkeit und Möglichkeit. Und doch hilft hier nur Nüchternheit und praktischer Sinn.

Ewiger Friede! Ein bezauberndes Wort! Und doch finden wir ihn bloß dort, wo wir nur ungern einziehen — auf dem Friedhof. Der Leichenstein mit seiner pax æterna verkündet Wahrheit:

die Toten sind friedlich und verträglich. Aber die Menschen mit Fleisch und Blut, mit Thatendrang und Leidenschaft wissen nichts von einem ewigen Frieden. Das wäre Tod! Der Idealist wünscht sich im Menschen den entsagungsfreudigen Engel, der Realist aber sieht in der Menschheit ein beständiges Ringen und Jagen um die Güter der Erde. Selbst die friedfertige Natur um uns herum zeigt dasselbe Bild. Andern Sie erst die menschliche Natur, und dann glaube ich an einen ewigen Frieden. Denn dasselbe Naturgesetz finden wir auch bei den Colossalmenschen der Erde, den Staaten. Der Selbstbehauptungstrieb, der ursprünglichste und elementarste Trieb des Menschen und der Menschheit, führt zu Reibungen und Störungen, zu Feindschaft und Krieg. Man kann allenfalls dem jagenden Roß in die Zügel fallen, aber Natur und Naturgesetz lassen sich nicht bändigen. Ein politischer Wolkenbruch, und der Friede ist dahin.

Und welches sind nun gar die Mittel, welche den Frieden dauernd sichern sollen? Der Weltstaat und ein Völkertribunal.

Der Weltstaat, das Ideal religiöser und philosophischer Schwärmer, wird sich niemals verwirklichen. Derselbe ist nicht etwa der Höhepunkt der Civilisation, von dem wir nur noch weit entfernt sind (Kant u. A.), sondern ein von vornherein falsch gesetztes Ziel. Die Menschheit vollendet sich nur in der Individualität des Einzelnen und der kleineren Verbände. Gliederung ist ihr Wesen. Nur so findet die Eigenthümlichkeit des Volkes, des Klimas, des Ortes, der Sprache, der Interessen, der Vergangenheit u. s. w. seine ausreichende Pflege. Ist es denn denkbar oder wünschenswerth, daß die so verschieden gearteten Völker der Erde ein Interesse, eine Verfassung haben und einen Staat bilden? Der Kosmopolitismus ist der Natur des Menschen entgegengesetzt; er wäre das Grab der Einzelvölker und ihrer Eigenthümlichkeit, unerträgliche Tyrannei. Die kosmopolitische Natur der katholischen Kirche beweist nichts gegen uns. Denn hier besteht ein Glaube, eine Verfassung, vor Allem aber derselbe dem Jenseits zugewandte Zweck. Bei den Staaten aber fehlt ein solcher einheitlicher Grund-

zug ganz und gar. So lange die Völker nicht charakterlose Masken werden, sondern im fröhlichen Besiz frischer Eigenart verbleiben, ist für den Weltstaat kein Raum. Sehr treffend sagt Schulze (Einleitung in d. deutsche Staatsrecht 1867 V. 157): „Erst wenn die Völker und Staaten sich in ihrer nationalen Eigenthümlichkeit völlig ausgelebt hätten, wäre der Universalstaat denkbar, dann aber wäre auch die Weltgeschichte an ihrem Ende“.

An einem Naturgesetz läßt sich nicht rütteln. Und wo der Gedanke einer Universalmonarchie auch nur theilweise nach Verwirklichung rang, in den Monarchien Karl d. Gr. und Napoleon I., fand alsbald der Zerlegungsproceß die günstigsten Bedingungen. Weltstaat bedeutet Aufhebung oder doch Verkümmern der Souveränität der einzelnen Staaten. Diese würden ihre Selbstständigkeit wieder anstreben und erringen nach demselben Gesetz, nach dem der Ball nach Beseitigung des Druckes strebt. Wenn man dabei noch die Schwierigkeit erwägt, mit der sich die Bildung eines kleinen Gesamtstaates vollzieht, wird man erkennen, daß ein Weltstaat zur Unmöglichkeit wird. Auch die Entstehungsgeschichte des deutschen Reichs, das für Streitigkeiten der Bundesstaaten im Bundesrath ein ständiges Tribunal organisiert hat, zeigt, daß selbst bei nationaler Gleichheit ein Gesamtstaat nicht auf der flachen Hand wächst. Es ist eine merkwürdige Ironie, daß sich bei uns gerade diejenigen Kreise am meisten für den Universalstaat erwärmen, welche der Errichtung des deutschen Gesamtstaats, des Reichs, seiner Zeit am wenigsten zugethan waren. Gewiß durchweht das ganze öffentliche Leben ein kosmopolitischer Zug, aber dieses Band ist idealer Natur: es ist die Gemeinschaftlichkeit der geistigen Errungenschaften und der Humanität. Eine äußere rechtliche, alle Interessen umspannende Existenzform werden und dürfen wir nicht finden.

Das Gesagte gilt in minderem Grad auch für die mehr lockere kosmopolitische Vereinigung, den Völkerbund, oder die Föderation, wie sie beispielsweise Kant vorschwebte. In dieser Richtung hat seiner Zeit insbesondere der deutsche Bund ungemessene Hoff-

nungen gewedt. Hatte doch der Bundesbeschluß v. 30. October 1834 für die Streitigkeiten der Bundesglieder ein Auftragsgericht geschaffen! Hier hatte man also das nachahmungswerthe Beispiel. Aber gerade die Lebensgeschichte des deutschen Bundes hat die völlige Impotenz dieser Staatenform erwiesen. Der Bund war kraft- und marklos, die ewig lächelnde Unbedeutendheit, ein Schattenwesen, welches die Kräfte der Einzelstaaten absorbirte und doch nicht fett wurde. Zum Zweck des Friedens geschlossen, trug seine Verfassung von Anfang die Bestimmung in sich, ein Zankapfel der deutschen Nation zu sein, wie dieselbe denn auch schließlich zum Bruderkrieg führte, der wieder die Bedingungen eines frischen Lebens finden ließ, an dem wir heute unsere Freude haben. Selbst die noch engere bundesstaatliche Organisation in Nordamerika hat den inneren Krieg nicht hintanzuhalten vermocht. Die Form des Staatenbundes aber hat sich vor allem als nicht leistungsfähig erwiesen, und die geltenden Staatsrechte kennen sie daher nicht mehr. Verständige Leute haben heute nach ihr kein Begehren.

Man zieht alle Consequenzen, wie wenn ein Universalstaat möglich und wünschenswerth, ja bereits vorhanden, wie wenn eine kosmopolitische Gesetzgebung und Verwaltung die einfachste Sache der Welt wäre, und da versteht sich denn eine alle Staaten umfassende Rechtsprechung, ein Völkerareopag, von selbst. Alles das sind Illusionen.

Fries (Philosophische Rechtslehre 1803) hält dies Alles für so einfach, als wenn ein Staat eine gute Polizeiordnung einführt. Dem gegenüber aber ist immer wieder zu betonen, daß die Verwirklichung der kosmopolitischen Pläne darauf hinauslaufen müßte, die einzelstaatliche Souveränität zu beseitigen oder doch in der erheblichsten Weise zu beschränken. Die Staaten würden ihr Schicksal nicht mehr selbst bestimmen, sondern Provinz eines weltumspannenden Staates werden müssen, von dem sie Gesetz und Richterspruch empfangen. Die staatliche Freiheit wäre begraben — und das denkt man sich so leicht! Und davon verspricht man sich Gutes? Die alte, überlebte Interventionspolitik, die mit Ausnahme der

Curie (Syllabus v. 1864 Nr. 62) mit Recht die allgemeine Mißbilligung erfahren hat, wäre reines Kinderspiel gegen die hier geplante Freiheitsbeschränkung. Oder die Staaten behalten ihre Souveränität. Wer will sie dann aber zwingen, ihre Angelegenheiten einem Schiedsrichter zu unterwerfen, wenn sie dies nicht wollen? Hier würde schon die Präjudicialfrage zum Krieg führen, der doch gerade vermieden werden soll.

Eine Allweltsgesetzgebung haben und erhalten wir nicht. Damit komme ich auf die eigenthümliche Natur des Völkerrechts. Ich bin zwar nicht der Ansicht, daß dem Völkerrecht, weil ihm der rechtliche Zwangscharakter und staatliche Ursprung abgeht, der Charakter des Rechts fehlt; aber dasselbe zeigt doch eine solche Eigenart, daß dadurch auch für den Völkerareopag unüberwindliche Schwierigkeiten entstehen. Das Völkerrecht ist entweder Gewohnheits- oder Vertragsrecht. In der ersten Hinsicht ist die Unbestimmtheit und Unfertigkeit sein Wesen. Wie leicht ist es zu sagen: das Völkerrecht ist zu beobachten, und wie schwer, was hier denn eigentlich Recht sei! Die belgische Regierung belegte 1870 mit dem Hinweis auf das Neutralitätsrecht Waffensendungen nach Frankreich mit Beschlag, die englische ließ sie passiren. Das Völkerrecht hat in jedem Staat eine besondere Richtung genommen. Ansichten, persönliche Wünsche und dergleichen mehr treten hier vielfach an Stelle des klaren Gesetzes. Das Völkerrecht ist noch embrionaler Art. Die Rechtsgeschichte zeigt, daß auch innerhalb der Staaten in diesem Entwicklungsstadium die Selbsthilfe eine maßgebende Rolle spielt. Das ist hier der Krieg. Ob das Völkerrecht jemals die Vollendung unseres Staatsrechts erreichen wird? Ich glaube nicht. Denn mangels eines Universalstaates kann es hier auch kein Gesetzesrecht geben, und nur dieses ist im Stand, die Zeit der gewohnheitsrechtlichen Unfertigkeit vollständig zu überwinden.

Das Vertrauen in die Gerichte ist bedingt durch die Bestimmtheit des anzuwendenden Rechts. Schon deshalb wird der Völkerareopag, der alle internationalen Streitfachen vor sein Forum zieht, nicht ernst zu nehmen sein.

Es ist schon ein Fortschritt, daß das Vertragsrecht in der modernen Zeit im Völkerverkehr immer mehr an Bedeutung gewinnt. So sind über die Caperei, Pflege der Verwundeten u. s. w. allgemeine und über viele andere Interessentkreise, namentlich Handelsverkehr und Niederlassungen zwischen den einzelnen Staaten, besondere Vereinbarungen getroffen worden; doch ist es nicht möglich, hier Alles unter einen Hut zu bringen und die Schwierigkeiten internationaler Vereinbarungen insbesondere unter mehreren oder gar allen civilisirten Staaten sind unendlich. Der völkerrechtliche Vertrag wird aber auch nicht einmal annähernd die Leistungsfähigkeit des Gesetzes erreichen. Auch darf die Natur dieses Vertragsrechtes nicht überschätzt werden, welches nur die Staaten, noch nicht die Unterthanen bindet. Und welcher Art ist diese Bindung? Das Gesetz wird sich immer durchzusetzen wissen, weil hinter ihm der Staat mit seinem rechtlichen Executionsapparat steht. Ueber den Staaten aber fehlt eine solche umspannende Staatsmacht, die da die Kräfte eines Rechtsfasses wie in einem Dampfkessel zusammenhält; sie entweichen hier in ihrer freien Ungebundenheit, und da erwarten wir, daß die Verkehrsbahn der Völker funktioniert wie diejenige des Staates? Während sich die staatliche Machtfülle im Gesetz zum festen Ring gestaltet, der Alle umschließt und keinen entinnen läßt, hat das darüber gelagerte Völkerrecht tausend unfertige Stellen, an welchen seine verbindliche Kraft nutzlos entströmt und sich verliert. Es fehlt die übergeordnete Macht, die dem Staat gebietet und ihn zwingt, wie der Staat den Menschen. So sagt man denn auch im gegebenen Fall einmal mit dem Pascha in der Fatiniha: das Völkerrecht ist mir Wurst! Verblümter und vorsichtiger drückt das die Theorie aus. Verträge, so sagte die ältere Rechtslehre, verpflichten nur *rebus sic stantibus*, d. h. die Rechtsverpflichtung hört auf, wenn eine wesentliche Veränderung der Voraussetzungen eintritt, unter welchen der Abschluß erfolgte.

Ich fasse die Sache allerdings anders auf, komme aber zu einem ähnlichen Ergebniß. Ich halte auch den bei vollständiger Verschiebung der Interessen eintretenden Vertragsbruch, z. B. den

Bruch der Convention von Lauroggen durch den General York, für einen Rechtsbruch. Doch füge ich hinzu: das Recht ist, wenn auch ein hohes, so doch nicht das höchste Gut; über ihm thront die seiner geartete Sittlichkeit, und was vor dem einen Richterstuhl verurtheilt wurde, kann vor dem anderen glänzende Freisprechung finden. Das erkennt auch die Kirche, in welcher die Clausel *rebus sic stantibus* ihren Ursprung hat, wenigstens für ihre Interessen an. In dem Entwurf einer Constitution des letzten Concils, resp. dem Votum eines Mitgliedes der vorbereitenden kirchenpolitischen Commission (Franz. Chesnel) heißt es, — in Uebereinstimmung mit der kirchlichen Oberströmung, — daß der Papst von einem Concordat einseitig zurücktreten dürfe, wenn das offenkundige Gemeinwohl der Kirche es verlange. Der Syllabus von 1864 Nr. 43 hat zwar dem Staat ein diesbezügliches Recht bestritten. Ich denke aber, daß der alte Satz noch Geltung hat: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Es wird unter Umständen sittliche Pflicht des Staatsmanns sein, unter dem Zwang eines dringenden Staatsinteresses, sein Wort nicht einzulösen und das Vaterland zu retten. In erster Linie kommen die Pflichten des Staates gegen seine Angehörigen, dann erst gegen andere Staaten. Der ersteren kann und darf er sich niemals entledigen. Was in Gegensatz hierzu tritt, wird abgeschüttelt. Das ist dann der „Nothstand“. Daß die rettende That nicht selbst eine Ehrlosigkeit und damit keine neue Unsittlichkeit sein darf, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Das ganze Völkerrecht und insbesondere auch das Vertragsrecht wird so dem einzelnen Staat nur insoweit zur Norm dienen, als seine Selbsterhaltung dadurch nicht bedroht ist, worüber der betreffende Staat natürlich selbst urtheilt. Im einzelnen Fall ist die Entscheidung schwer und verantwortungsvoll. Ob die That ein Verbrechen oder eine sittliche Großleistung war, beurtheilt richtig nur Gott allein, auf Erden versucht es die Geschichte. Eine längere Ausführung, die hier gewiß erwünscht wäre, muß ich mir leider versagen: ich will nur an das Verdict erinnern: *fiat justitia, pereat mundus*, womit der ironische Volksgeist die gegentheilige

Meinung gezeigelt hat. Das Recht ist der Menschen, aber nicht die Menschen des Rechtes wegen da. Das Völkerrecht ist bei freiwilliger Erfüllung Alles, im anderen Fall Nichts. Das ist Thatfache, die keine Schwärmerei beseitigt. Es fehlt hier an einer rechtlichen Execution, die in unserem Staatsgetriebe dem Urtheil doch allein Nachdruck gibt. An dieser Thatfache stürzen all die herrlichen Pläne von Weltstaat und Völkertribunal kraftlos zusammen.

Was hilft uns ein Richterstuhl, dessen Urtheile die rechtliche Zwangsvollstreckung nicht finden können? Die Executionsunfähigkeit wird der wunde Punkt aller schiedsgerichtlichen Urtheile im Leben der Völker bleiben. Die Execution ist hier der Krieg der Interessirten, der ja gerade unmöglich werden soll. Wer sollte sonst dem Recht zum Sieg verhelfen? Uninteressirte Staaten werden nicht die Kastanien aus dem Feuer holen. Keiner engagirt sich weiter, als sein Interesse reicht. Keiner ist Wächter des Rechts. Wo waren denn die Staaten, als 1870 die ungerechte Kriegserklärung wie ein Blitz aus der politischen Gewitterschwüle in Deutschland niederfuhr? Das wird auch in der Zukunft so bleiben. Und wenn es anders würde, wäre die Möglichkeit der Kriege und zwar großer Kriege erst recht gegeben. Völkertribunale werden deshalb den Frieden nicht sichern können, weil die Vollziehung der Urtheile Armeen fordert.

Immerhin mögen die Schiedssprüche die Zahl der Kriege verringern. Deshalb sind sie uns werthvoll, wie Alles, was Leid und Noth vertreibt und mindert. Aber wenn das geschehen soll, scheint mir gerade ein ständiges Tribunal weniger geeignet zu sein, als das im einzelnen Fall vereinbarte Gericht. Hier kommt der Natur der Sache gemäß Alles auf das persönliche Vertrauen an. Dem Richter, den man selbst bestellt hat, fügt man sich leichter; auf die freiwillige Erfüllung ist schließlich ja doch Alles gestellt. Man möchte an Stelle des Schiedsrichters das treten lassen, was im Staatsleben die Gerichte sind, und doch fehlen dafür alle Voraussetzungen. Was soll hier ein ständiger Gerichtshof, da es nicht

einmal der durch gegenseitiges Vertrauen getragene Schiedsrichter zur rechtlichen Executionskraft gebracht hat? Ueber den Eingang eines solchen Gerichtsgebäudes könnte man die Worte schreiben: „Zur grauen Theorie“.

Ich bin gegen jedes ständige internationale Schiedsgericht, vor Allem aber gegen das päpstliche. Die letztere Frage kann man unter einem doppelten Gesichtspunkt betrachten, dem kirchen- und dem völkerrechtlichen. Die Anhänger des päpstlichen Tribunals thun das erste; sie fragen: Was gewinnen wir damit für die Kirche? Dieser Standpunkt ist verkehrt; wir haben es mit einem völkerrechtlichen Institut zu thun und demgemäß die Frage so zu stellen: Welchen Nutzen bringt ein päpstlicher Völkerareopag für das internationale Leben? Und da ist zu betonen, daß bei der geschichtlichen Vergangenheit des Papstthums, der modernen Geistesrichtung und den gemischten Religionsverhältnissen im Allgemeinen die Vermuthung gegen, aber nicht für den Papst spricht. Wer das leugnet, betrachtet unser öffentliches Leben durch farbige Gläser. Der Curialist, welcher nüchternen Blickes ist, muß denn auch gestehen, daß für seine Wünsche das Terrain nichts weniger als günstig ist. Und das genügt! Denn wie gesagt, auf das Vertrauen kommt es hier allein an. Ob das mit oder ohne Grund hier fehlt, kann dahingestellt bleiben. Genug, es fehlt bei dem größeren Theil nicht bloß der Menschheit, sondern auch Europas.

Ich will aber die Sache doch auch nach ihrer kirchenrechtlichen Seite beleuchten. Man verwechselt hier wieder die äußere Herrschaft und die sittliche Leistungsfähigkeit. Seit der sogenannten Constantinischen Schenkung, einer kirchlichen Fälschung aus dem 7. resp. 8. Jahrhundert, ist das Papstthum sehr mit weltlichen Aufgaben bepackt worden, zum Schaden der seelsorgerlichen Thätigkeit, deretwegen es allein da ist. Der Weltgeist beherrscht schon den kleinsten Kreis, und die kirchliche Werthschätzung des Mannes in der Oeffentlichkeit sucht weniger eine Antwort auf die Frage, wie er seine sittlichen Pflichten erfüllt, als auf die andere, in welchem Maß er die kirchenpolitischen Forderungen unterstützt. Wer wie ich

die unleidige Verquickung kirchlicher und weltlicher Macht im Papstthum im Interesse der Kirche selbst beklagt, kann nicht für einen völkerrechtlichen Areopag des Papstes sein, der — man will das natürlich nicht zugestehen — nur wieder die mittelalterliche Unterjochung des Staates durch das Papstthum betreibt und dasselbe ständigen Reibungen aussetzt. Man lege sich das Ganze doch einmal in realistischer Klarheit vor. Der Papst entscheidet wie ein deutscher Gerichtshof, nicht durch besonderes Vertrauen in dem betreffenden Fall berufen, sondern kraft seines Amtes über die Berechtigung einer staatlichen Forderung, die Gerechtigkeit eines geführten oder zu führenden Kriegs. Glauben Sie, daß der unterlegene Staat mit Wohlwollen und Schmeichelnworten antwortet? Wird nicht auch die Unparteilichkeit angezweifelt werden? Wird sie überhaupt zu wahren sein? Könnte sich eine Institution auf dieser steilen Höhe einer maßlosen Allgewalt halten? Das staatliche Leben fände dann zum großen Theil seine Regulirung in Rom; die weltlichen Geschäfte würden die geistlichen Pflichten zurückdrängen. Rom wäre die höchste weltliche Macht! Der Areopag in Rom wäre der Tod des seelsorgerlichen Papstthums! Die Action des Staates muß nach den eigenen inneren Principien erfolgen, er ist der Hort der äußeren Rechtsordnung und unabhängig. Hier ist die Kirche ausgeschlossen. So hat auch die Kirche eine eigene Aufgabe und eigene Grundsätze. Hier hat der Staat nichts zu sagen. Sie soll den Menschen sittlich und für's Jenseits reif machen, und das vom göttlichen Stifter gewünschte Mittel lautet: Stecke das Schwert in die Scheide! Entsage der äußeren Macht, denn mein Reich ist nicht von dieser Welt! Würde diese in der Sache liegende Scheidung befolgt, so hätten wir keine Conflict. Wenn aber die Kirche mit dem Staat in Concurrenz tritt und nach weltlichen Aufgaben verlangt, so ist das vor Allem ein Verkennen der Erhabenheit des kirchlichen Berufs, der auch ohne weltlichen Glanz im Wettkampf mit der Sonne strahlt und der durch seine Verquickung mit dem weltlichen Beruf an seiner geistigen Bedeutung verliert. Der Papst als der durch das Vertrauen der Staaten im einzelnen Fall be-

rufene Schiedsrichter ist uns willkommen. Aufgefordert soll jeder, so auch der Papst, sein Scherflein zur Erhaltung des Friedens beitragen. Ein diesbezügliches Amt aber hat der Papst nicht; mit demselben Recht wäre er sonst auch der Friedensbewahrer oder Richter innerhalb der einzelnen Staaten. Ein ständiges päpstliches Tribunal, das die extremsten Curialisten sogar ohne Weiteres kraft päpstlicher Allgewalt organisiert und mit Unfehlbarkeit ausgestattet sehen möchten, ist unmöglich, es wäre ein Ruin für Kirche und Staat.

Im Folgenden spreche ich wieder von den ständigen Schiedsgerichten überhaupt.

Ein Richterspruch ist nur möglich bei einer juristischen Grundlage, also bei Rechtsstreitigkeiten. Politische Differenzen, also gerade diejenigen, welche zur Explosion drängen, eignen sich für denselben nicht. Hätte beispielsweise im Jahre 1866 gegenüber dem preussischen Juniprogramm, welches die Gründung des Deutschen Reichs bereits in nuce enthielt und später die Basis der Neugestaltung abgab, ein schiedsrichterlicher Spruch erfolgen können? Kann ferner bei solchen Situationen überhaupt an freiwillige Befolgung gedacht werden? Ehre und grundwesentliche Lebensinteressen insbesondere wird und kann ein Staat aber auch keinem Richter unterbreiten. Wenn Freiheit und Ehre, Glück und Dasein eines Volkes auf dem Spiel steht, drängt das biologische Gesetz des Organismus zum Äußersten und so zum Krieg. Wäre es anders, und würde hier ein Richterspruch entscheiden können, so wäre Souveränität und Selbstständigkeit, Kraft und Selbsterhaltung dahin, ein allgemeiner Marasmus, die Welt ein Grab der altersschwach gewordenen Menschheit. Allüberall sehen wir doch Entwicklung und rastlose Umgestaltung. Nur die Staaten sollen für alle Ewigkeit der Fortbildung entsagen und das geographische Kartenbild unverändert kommenden Jahrhunderten überliefern! Sind denn die staatlichen Bildungen so vollkommen, daß hier, während sonst Alles im Fluß ist, jede Veränderung ausgeschlossen werden soll? Nur das Werden ist Leben, der Verzicht darauf Tod.

Politische Wetterwolken entladen sich mit der elementaren Kraft eines Naturgesetzes. Und auch diese politischen Gewitter, wie sie im Krieg ihre großartigste Erscheinung gewinnen, haben und hatten eine reinigende Kraft, ganz wie Leid und Schmerz, Noth und Krankheit, die wir ja auch nicht aus der Welt zu schaffen vermögen. Gewiß bringt der Krieg maßlos viel Unglück, denn sein Wesen ist Gewalt, und wenn unser öffentliches Leben gesund pulst, wäre es Wahnsinn, denselben herbeizusehnen. Bei krankhaften Störungen aber hat er die Kraft eines operativen Eingriffes, und hier ist er unter Umständen das einzige Mittel, die Welt vor Fäulnis zu bewahren: er schmerzt und heilt. In diesem Sinne billige ich die vielfach commentirte Aeußerung des Feldmarschalls Grafen v. Moltke, die er 1880 an Bluntschli richtete, als ihm das vom Institut de droit international veröffentlichte Manuel des lois de la guerre überreicht wurde: „Der Krieg ist ein Element der von Gott eingesetzten Ordnung“. In der That entrollt das Alte Testament einen Kriegsplan nach dem andern. Und auch im Neuen Testament (Matth. 24, 6—8, Marc. 13, 7, Luc. 21, 9) ist es ausgesprochen, daß die Heimathsberechtigung des Krieges dauern werde bis zum Ende der Welt. Und Bluntschli, der schon mehrere Jahre vorher erklärte, „in die glühenden Lobpreisungen des Kriegs nicht einstimmen zu können“, muß doch die männlichen Tugenden der Tapferkeit und des kühnen Muthes, der Entsagung und Aufopferung, die sich im Krieg entwickeln, hoch schätzen -- der Krieg ist der beste Retter aus Versumpfung und ekelhaftem Materialismus -- und erklärt denselben als „ein unentbehrliches Mittel für den nothwendigen Fortschritt der Menschheit“. So ist es: Der Krieg hat für die sittliche Ausreife der Völker eine wesentliche Bedeutung, zum nicht geringsten Theil schon dadurch, daß er der Totengräber faul gewordener Institutionen und Verhältnisse wird.

Militärische und juristische Schriftsteller streiten darüber, ob der Krieg ein Act der Selbsthilfe resp. ein Rechtsproceß (die Juristen), oder ein Instrument der Politik in der Hand des Staatsmannes ist (die Militärs, z. B. Hartmann, Rüfow, Clausewitz).

Wenn ich die Sache genauer in's Auge fasse, löst sich dieser Gegensatz auf oder verliert doch an Bedeutung. Das objective Recht will die streitenden Lebensinteressen vergleichen oder das gesellschaftliche Gleichgewicht herstellen. — Nebenbei gesagt, ist der Friede auch ein solches Gleichgewichtsverhältniß der Völker, das sich ständig verschiebt und von Neuem gesucht werden muß, aber nicht immer gefunden wird. — Recht (subjectives Recht) hat Jemand, insofern ein Interesse von ihm die Anerkennung der Gemeinschaft in Gewohnheit oder Gesetz gefunden hat. Recht ist also nicht jede Macht, sondern nur eine durch die Gemeinschaft anerkannte Macht, nur das anerkannte Interesse. Die Ansprüche der einzelnen Staatsgenossen sind leicht daraufhin zu prüfen, ob sie im Recht zureichenden Boden, also Rechtsbefugnisse finden: man fragt die Gesetze; diese sagen uns z. B., ob der N. einen Erbanspruch hat. Die Völker haben aber keine überspannende Staatsform, und so verläuft die Anerkennung gar oft in's Unbestimmte und verliert schließlich an Gewicht. Politische Interessen und wirkliche Rechte haben im Völkerrecht ihre begriffliche Schärfe verloren. Hand in Hand mit der Anerkennung geht die Schutzverleihung. Recht ist anerkannte und durch die Gemeinschaft geschützte Macht. Auch in letzter Beziehung läßt uns das Völkerrecht im Stich; hier heißt es: Selbst ist der Mann.

Ich halte daher den Krieg für das Verfahren, in welchem der Staat seine sämtlichen Ansprüche, nicht bloß Rechtsansprüche, gegen andere Staaten gewaltsam zur Geltung bringt. Nenne man das meinetwegen einen Proceß. Jedes unentwickelte Recht kennt die Selbsthilfe, das Civil- wie das Strafrecht. Insbesondere hat sich in Deutschland die Selbstpfändung, Blutrache und Fehde als Rechtsverfahren lange erhalten. Verwandt ist der Zweikampf als processuales Beweismittel. In dem Maß, in welchem die Staatsgewalt erstarkte, nahm die Selbsthilfe ab; sie ist heute beseitigt, obschon ihre Nothwendigkeit bei gewissen Vorkommnissen des täglichen Verkehrs vielfach noch lebhaft empfunden wird. Im völkerrechtlichen Leben, wo jede übergeordnete Macht fehlt, wird sie aber immer eine begriffliche Nothwendigkeit bleiben.

Die Armeen ersetzen hier vielfach die Anerkennung und immer den Schutz einer übergeordneten Gemeinschaft. Das ist für den Juristen der springende Punkt. Gewiß liegt hier eine Gefahr. Mächtige Staaten können so die merkwürdigsten Sachen als Recht ausprägen. Aber auch der Gesetzgeber kann der Sittlichkeit eine Ohrfeige geben, insbesondere in der absoluten Monarchie, die noch nicht lange hinter uns liegt. Dieselbe Gewalt prägt hier in unbefränkter Weise Gesetze und erklärt den Krieg. Auch das schlechte Gesetz ist aber Gesetz mit äußerer Verbindlichkeit; auf die Dauer wird es sich freilich nicht halten. Das ist bei Gesetz und Krieg das in der Sache liegende Correctiv. Ein Mißbrauch ist im Uebrigen bei Menschenwerken nirgends ausgeschlossen, auch nicht bei der vorzüglichsten Institution. Die Möglichkeit des Mißbrauchs rechtfertigt also noch nicht einen Angriff auf den Bestand.

Die Armee ist die organisirte Volksmacht. Was die Nation an physischer, sittlicher und geistiger Kraft besitzt, das ist bei unserer Armee zur einheitlichen Gesamtmacht entwickelt, und unter dem Donner der Kanonen erhebt das disciplinirte Volk seine Forderung, seine Klage und Widerklage. In dem großen weltgeschichtlichen Proceß geht das Schwache unter, weil es werthlos ist. Das ist die ewige Gerechtigkeit der Weltgeschichte. Denn die Stärke eines Volkes im Krieg ist überhaupt nur der Ausdruck für seine sittliche und intellektuelle Tüchtigkeit und für die Gesundheit seiner Institutionen in Haus, Gemeinde und Staat (Vasson). Wenn trotzdem der Ausgang oft als ungerecht erscheint, so müssen wir bedenken, daß auch das Reichsgericht keine Prärogative der Unfehlbarkeit besitzt und die Unvollkommenheit des Proceßes zum Wesen jedes unentwickelten Rechtes, also auch des Völkerrechtes, gehört.

Uebrigens gibt es hier wie im Civilproceß auch Abweisungen einer Klage oder Widerklage bloß „angebrachter Maßen“. Die Volkskraft wird sich dann wie in den Freiheitskriegen ordnen und klären, Tugend und sittliche Kraft werden zurückkehren, und der Sieg kann nicht ausbleiben. Der Krieg ist so die Erscheinungsform

des obersten Weltgerichts. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher und trefflich fein. Als Thiers im Herbst 1870 die Frage an die Deutschen stellte: «À qui donc faites-vous la guerre, puisque l'Empire n'est plus», gab Ranke, der große Meister in der Lösung der weltgeschichtlichen Räthsel, die denkwürdige Antwort: «À Louis quatorze».

Wie stellt sich hiernach das immer und immer wieder auftauchende Problem der gänzlichen oder theilweisen Abrüstung?

Eine Abrüstung, auch eine totale, wird den Krieg ebensowenig beseitigen, als das Läuten das Gewitter vertreibt. Streit und Fehde, Krieg und Zerstörung gab es lange vor den stehenden Heeren. Sie werden bleiben, so lange sich die menschliche Natur nicht ändert. Der Krieg würde nur ein undisciplinirtes Versengen und Verbrennen, ein sitten- und rechtloses Verwüsten werden. Er wäre ein Vernichtungskrieg, würde sich in gleicher Weise gegen Frauen und Kinder richten, und dahin wäre das in langsamer Entwicklung gezeitigte Kriegsrecht. Die Staaten wären aus Rand und Band. Ist das ein Fortschritt? Wir kennen diesen Zustand aus der Geschichte. Weil er unhaltbar war, versuchte man es mit disciplinirten Werbetruppen, und als das zu theuer wurde, kamen die stehenden Volksheere, die sich durch Billigkeit und fiedenverbürgende Leistungsfähigkeit gleichmäßig empfahlen. Die edelsten Kräfte der Nation ringen jetzt im Krieg, Grund genug, denselben nicht leichtfertig vom Baun zu brechen, und ihn nach Recht und Sitte zu führen.

Auch die in vertragsmäßiger Weise unternommene theilweise Entwaffnung ist ein Phantom. Sie würde nicht bloß das Organisiren der Volkskraft in gemeinschädlicher Weise unterbrechen, sondern eine solche Verabredung, wenn sie überhaupt in Verleugnung des Selbsterhaltungstriebes getroffen werden könnte, würde nicht gehalten, sie würde umgangen werden. Wer kann hier controliren? Arglist und Mißtrauen wären so planmäßig organisirt, wiederum ein neuer Heerd für Feindschaft gefunden — und das ist dann Friedensverbürgung! In Kriegervereinen würde der militärische Geist von selbst eine freiwillige Fortbildung erfahren, die doch der betreffende

Staat nicht verbieten kann, vielmehr begünstigen müßte. Es würde nur eine andere und zwar schlechtere Art der Organisation eintreten. Das wäre der Fortschritt! Außerdem scheitert die theilweise Abrüstung an der Verschiedenheit der militärischen Verfassung der einzelnen Staaten.

Der reiche Mann weiß, daß er sein Besizthum zu sichern und zu versichern hat, um nicht über Nacht an den Bettelstab zu kommen. Niemand leugnet, daß diese Unannehmlichkeit sich bezahlt macht. Eine solche Sicherungsanstalt für die Wohlfahrt eines Staates und seiner Bewohner ist nun eine große und jederzeit schlagbereite Armee. Schon Montesquieu hat unter dem Hinweis auf die stehenden Heere den finanziellen Ruin der Völker prophezeit. Man wird also, da sich seit dieser Zeit der Volkswohlstand nur vermehrt hat, diesen Prophezeiungen Mißtrauen entgegenbringen dürfen. So lange man in dieser Richtung keine Verantwortung hat und weiß, daß Andere für eine starke Armee sorgen, ist es allerdings leicht, sich durch die Forderung einer Abrüstung bei der nicht zahlungsfreudigen Menge einzuschmeicheln.

Man verkennet aber auch die volkserziehende Bedeutung des Heeres. Patriotismus und Zucht, Gewandheit und Ordnungssinn, Sauberkeit und Pünktlichkeit, Gemeinfinn und Entfagung, Offenheit und Geradheit, kurz körperliche und geistige Gesundheit werden hier in anerkennungswerther Weise gepflegt; die damit zufällig verbundenen körperlichen und sittlichen Gefährdungen sind dem gegenüber bedeutungslos. Das Heer ist durch die Fortbildung der Schulkenntnisse und die Anleitung zu den bürgerlichen Tugenden der herrlichste Abschluß der Schule, und die Früchte kommen in ganzem Umfang dem Gemeinwesen zu Gut, zu welchem der Soldat zurückkehrt. Schule und Militär: beide sind in Deutschland ausgezeichnete Volksbildungsanstalten. Ich möchte für die Entwicklung unseres Volkes keine missen.

Ich komme zum Schluß. Ich habe gezeigt, daß der Krieg nicht aus der Welt geschafft werden kann und soll. Ewiger Friede; Weltstaat und ständiges Völkertribunal sind wie das gleiche und

unveränderliche Naturrecht, der Gedanke einer einzigen und absoluten Schönheit u. A., ein beseligender Traum, den der ideal gefinnte Mensch immer geträumt hat und der immer geträumt werden wird; aber das Leben wird sich damit nicht zu befaßen haben.

Die Bestrebungen, die Kriege zu mindern — nicht zu beseitigen — allein sind wert, hier in's Auge gefaßt zu werden. Wer im concreten Fall dem Vaterland einen Krieg erspart, verdient dessen Dank. Und wenn nicht gerade so viel Electricität angehäuft ist, daß eine Entladung erfolgen muß, so wird menschlichem Bemühen hier Manches gelingen. Hier sind insbesondere Allianzen von Bedeutung, wenn der zweiseitige Charakter derselben auch zugegeben werden muß: dieselben wehren und bringen den Krieg. Ständige Schiedsgerichte, welche bekanntlich auch von den Sozialisten gefordert werden, dürften zwar aus den dargelegten Gründen weniger geeignet sein, wohl aber sehe ich hier neben den Congressen, die in der letzten Zeit an Bedeutung gewonnen haben, große Hoffnung auf die vereinbarten Schiedsgerichte.

Wenn heute die Staaten ringen, zittert die Erde. Grund genug für den Staatsmann, vorher alle politischen Mittel zur Anwendung zu bringen. Es wäre vielleicht gut, wenn eine völkerrechtliche Vereinbarung die Nothwendigkeit ausspräche, vor Ausbruch eines Krieges, wenn auch nicht gerade immer einen Schiedsspruch — darin ging die Anregung des englischen Parlaments 1849 und 1873, sowie der Nordamerikanischen und Schweizer Regierung v. 1882/3 wohl zu weit — so doch die Vermittlung nachzusuchen. Der in dieser Hinsicht auf dem Pariser Congreß 1856 bezüglich der orientalischen Streitigkeiten ausgesprochene Wunsch, man solle vor der Kriegserklärung die guten Dienste einer neutralen Macht anrufen, brauchte in dieser Erweiterung bloß verallgemeinert und vertragsmäßig gemacht zu werden. Doch soll ein solcher Vorschlag hier unterbleiben. Wer den Krieg will, kümmert sich doch nicht um derartige fromme Empfehlungen. Labelehe meint allerdings, es wäre 1870 nicht zum deutsch-französischen Krieg gekommen,

wenn das französische Publikum die Bestimmung des Pariser Congresses gekannt hätte!!

Besondere Hoffnung setze ich auf die vereinbarten Schiedsgerichte. Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit derselben ist, wie die bekannt gegebenen Fälle gezeigt haben, voll und ganz gerechtfertigt worden. Sie werden auch für die Zukunft von Bedeutung bleiben. Dabei würde ich Folgendes für eine sachgemäße Fortbildung halten:

1. Es wäre zu wünschen, daß sich die Staaten über ein Reglement betr. das schiedsgerichtliche Verfahren einigen. Der Entwurf des völkerrechtlichen Instituts könnte dabei zu Grunde gelegt werden. Dabei möge ausgesprochen werden, daß über die Berechtigung einer Anfechtung zweitinstanzlich zu entscheiden ist. Wenn ein Staat den ersten Schritt freiwillig thut, verlangt es die Consequenz, daß er den zweiten nicht unterläßt. Gewiß ist er auch einer zweitinstanzlichen Entscheidung gegenüber noch souverän, aber die Comödie der moralischen Entrüstung kann er nicht mehr spielen. Das sittliche Verdikt hat er nunmehr unbedingt gegen sich.

2. In den Handels-, Schifffahrts-, Niederlassungs- und anderen völkerrechtlichen Verträgen möge die compromissarische Clausel eine gesteigerte Anwendung finden. Die Verkehrsverhältnisse sind von solch' großer Bedeutung, daß sie am wenigsten den Ausgangspunkt eines Krieges geben sollten. Hier ist auch regelmäßig eine juristische Grundlage gegeben und eine freiwillige Erfüllung des Schiedspruchs leichter zu erwarten. Ich stehe daher auf dem Standpunkt des seiner Zeit von der italienischen Deputirtenkammer einstimmig angenommenen Antrags Mancinis, der den Wunsch aussprach, die Regierung möge in ihren auswärtigen Beziehungen dahin streben, daß der Schiedspruch ein übliches und häufiges Mittel werde in den Materien, die demselben unterworfen werden könnten (d. h. eine rechtliche Entscheidung ermöglichen), und daß, sobald sich dazu Gelegenheit biete, in die Verträge eine Clausel eingeführt werde, wonach Schwierigkeiten bei der Interpretation

und Ausführung dem Schiedspruch unterstellt würden. Auch der Minister der auswärtigen Angelegenheiten trat diesem Antrag bei, wenn er der compromissarischen Clausel gegenüber auch eine gewisse Reserve bekundete. In der That lassen sich die Fälle im Voraus nicht so genau übersehen, und einer allgemeinen vorzeitigen Bindung nach dieser Richtung will ich auch nicht das Wort reden. Da aber diese Verträge regelmäßig der Genehmigung der Volksvertretung bedürfen, hat diese es in der Hand, im gegebenen Fall für die Aufnahme der compromissarischen Clausel zu wirken. Dazu wird insbesondere jetzt Gelegenheit sein, da im Jahr 1892 die meisten deutschen Handelsverträge ablaufen.

Meine Damen und Herrn! Kriege, die das natürliche Ergebnis allgemeiner politischer Spannungsverhältnisse sind und die großen geschichtlichen Aufgaben vertheilen wollen, werden freilich nicht zu beseitigen sein; möge es dabei aber auch verbleiben! Wer in seinem idealen Flug weitergeht und an die Möglichkeit eines allgemeinen Weltfriedens und ständiger Tribunale glaubt, wird doch gut thun, zunächst nur das Erreichbare in's Auge zu fassen. Ich persönlich erblicke in der Beschränkung des Strebens auf das Erreichbare und Mögliche einen sittlichen Vorzug. Der Volksgeist traf das richtig mit den Worten: das Bessere ist der Feind des Guten.



Im unterzeichneten Verlage erschien soeben:

Das
Reichs-Unfallversicherungsrecht,
dessen
Entstehungsgeschichte und System,

dargestellt von

Dr. jur. Robert Piloty,

Privatdocent an der L. Universität Würzburg.

Erster Band. VIII. 312 S. Preis Mk. 5. —

Das Werk erscheint in drei Bänden und soll im Frühjahr
1892 vollständig vorliegen.

Georg Hertz, Verlagsbuchhandlung, Würzburg.



HARVARD LAW LIBRARY

FROM THE LIBRARY
OF
RAMON DE DALMAU Y DE OLIVART
MARQUÉS DE OLIVART

RECEIVED DECEMBER 31, 1911

